

Entschuldungs-Kurier 1 / 2005



erlassjahr.de

Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf

Tel. (02 11) 46 93 - 1 96

Fax (02 11) 46 93 - 1 97

E-Mail: buero@erlassjahr.de

www.erlassjahr.de

Aktion vom 18. April bis 1. Juli 2005

„Setzen Sie sich ein mit Ihrem Namen“

Zum Weltwirtschaftsgipfel 2005:

Großanzeige in der Financial Times Deutschland

Botschaft: „Herr Bundeskanzler, Sie haben es in der Hand – Schuldenerlass ist eine Frage der Gerechtigkeit“

Beim Weltwirtschaftsgipfel in Gleneagles, Großbritannien, können die meisten von uns nicht an den Veranstaltungen der britischen Erlassjahr-AktivistInnen teilnehmen. Aber wir wollen uns trotzdem wahrnehmbar zu Wort melden, indem wir kurz vorher eine ganzseitige **Anzeige** mit unserer Forderung nach einer tragfähigen Entschuldung in der **Financial Times Deutschland** schalten. Die Forderung von erlassjahr.de wird auf dieser Seite sichtbar unterzeichnet von allen, die sich an der Aktion beteiligen, eine klassische Anzeigenaktion.

Als Datum haben wir den 4. Juli 2005 ausgewählt, d.h. am Montag direkt vor dem G7-Gipfel. Die Botschaft sowie die Mitträger und Unterstützer von erlassjahr.de werden auf diese Weise öffentlich wahrnehmbar und zwar gerade nicht in den vertrauten

Kreisen. Wir haben die FTD ausgewählt, weil ihre LeserInnen aus dem Spektrum von Verantwortlichen und Entscheidern aus Wirtschaft und Politik kommen und von ihrer Einstellung her nicht an sich schon zum Unterstützerkreis von erlassjahr.de gehören.

Eine solche Anzeige kostet ca. 24.000 Euro, also brauchen wir 2.400 Unterzeichnende, die jeweils 10,-Euro bezahlen.

Um dahin zu kommen, bitten wir unsere Mitträger, im Vorfeld regionale Veranstaltungen zu organisieren, bei denen bezahlte Unterschriften für die Anzeige gesammelt werden. Der Zeitraum liegt im Anschluss an die „Global Week of Action“, also vom 18.4. bis zum 4. Juli. Entsprechende Flyer haben alle Mitträger bereits zugesandt bekommen.

weiter auf Seite 2

I N H A L T

- 1 Aktion „10 Euro für Entschuldung“
- 2 erlassjahr.de auf dem Kirchentag in Hannover
- 3 Stand der Dinge
Unterzeichnete der Erklärung von Montevideo
- 4 Schuldentragfähigkeit - Ein Überblick
- 6 Stehen bleiben oder weiter machen?
- 7 Entschuldung“ der „Dritte-Welt“ Länder
Thema in der Arbeit des Eine-Welt-Kreises in Syke
- 8 Erklärung von Montevideo unterzeichnet
- 9 Respect our Future
- 10 «Take it, or leave it»
Das argentinische Umschuldungsangebot
- 11 Kamerun: Die Kehrseite der Globalisierung
- 11 Der Global Marshall Plan
Auf dem Weg zu einer ökosozialen Marktwirtschaft
- 12 Neuerscheinung: Ende der Schulden oder Schulden ohne Ende?
- 13 Filmtipp „Blinder Passagier“
- 13 Personalia: UNO lässt sich von Jürgen Kaiser beraten
- 14 Bestellliste erlassjahr.de
- 16 Nelson Mandela vor'm Brandeburger Tor
- 16 Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten die erste Ausgabe des Kuriers, den wir jetzt Entschuldungskurier nennen, in neuer Gestalt in der Hand. Er soll zukünftig unsere Mitträgerzeitschrift sein, die zweimal im Jahr kurz und anregend informiert über Schuldenrelevantes auf der (welt-) politischen Bühne, unsere Vorhaben als Bündnis aber auch über die Aktivitäten unserer Mitträger.

Im engeren Sinn fachliche Beiträge zum Schulden-thema bietet das Fach-Info, während der Aktions-Letter konkrete Vorschläge und Material zur Aufbereitung der Themen und Umsetzung von Aktionen bietet. Fach-Info und Aktions-Letter können Sie per e-mail erhalten und auf unserer Homepage abonnieren.

Mit dieser Dreiteilung unserer regelmäßigen Publikationen versuchen wir den unterschiedlichen Wünschen nach Information unserer Mitträgergruppen zu entsprechen.

Das Bündnis ist und bleibt also in Bewegung! Das ist auch gut so, denn die Gespräche im Kontext des Weltwirtschaftsgipfels, des Internationalen Währungs-fonds wie auch des Pariser Clubs brauchen bewegte Anstöße von außen, von der Zivil-gesellschaft.

Deshalb tritt das Bündnis jetzt mit einer Anzeigenaktion am 4. Juli in der Financial Times Deutschland zum Weltwirtschaftsgipfel an die Öffentlichkeit. Bundeskanzler Schröder soll sich klarer und deutlicher als bisher für eine tragfähige Entschuldung im Pariser Club stark machen.

Um die Aktion zum Erfolg zu bringen, brauchen wir

die tatkräftige Unterstützung unserer Mitträger, mehr dazu auf S. 2

Was im Rahmen der Forderung nach Kriterien für eine tragfähige Entschuldung bedacht werden muss und wie sich von dort ausgehend die aktuellen Vorschläge der britischen und amerikanischen Regierung nach einer vermeintlich hundertprozentigen Schuldenstreichung kritisieren lassen, können Sie auf den Seiten 3-5 lesen.

Einige von Ihnen werden sicher zum Evangelischen Kirchentag nach Hannover reisen. Sollten Sie auf dem Messegelände sein, kommen Sie doch an unserem Erlassjahrstand vorbei oder besuchen Sie unseren „Schuldurm“.

*Dr. Cornelia Johnsdorf
Mitglied des Lenkungskreises*



Die regionale Beteiligung kann in bewährter Form **im Kontext von bereits geplanten Veranstaltungen** geschehen, wie z.B.

- (Pfarr-)Gemeinfeste
- 1.Mai-Kundgebungen,
- Weltladentag,
- Himmelfahrts- und Pfingstgottesdienste,
- Stadtteilstefte.

Dabei werden lokal bekannte Persönlichkeiten, wie die Pfarrerin, der Superintendent, eine Ratsfrau, der Landrat, der Ortsbürgermeister, ein lokal bekannter Sportler für eine Unterschrift gewonnen, was der örtlichen Presse eine Notiz und ein Foto wert sein wird und damit die Aufmerksamkeit für die gesamte Veranstaltung erhöht. Wir hoffen, dass den Mitträgergruppen eine breite Beteiligung möglich ist. Denn die Skandalisierung des Schuldenthemas ist unser gemeinsames Interesse und dazu gehört eine sichtbare Präsenz in den Medien. Die geplante Aktion „10 Euro für Entschuldung!“ leistet dazu einen Beitrag. ■

*Dr. Cornelia Johnsdorf,
Lenkungsreis Erlassjahr*

erlassjahr.de auf dem Kirchentag in Hannover

Das Bündnis erlassjahr.de ist vom 25. bis 29. Mai gleich dreimal vertreten.

1. „Schuldturm – eine hautnahe Simulation zum Thema „Internationale Verschuldung“

Der **Schuldturm** lädt die BesucherInnen ein, sich spielerisch den komplexen Zusammenhängen von Armut und Verschuldung weltweit anzunähern. Innerhalb eines Turms geht es darum, die richtige Tür zu finden, um (aus der Verschuldung) wieder herauszukommen. Dabei wird versucht Türen zu öffnen, die keinen Ausweg bieten, weil sie zugemauert sind. Am Schluss findet sich dann aber doch ein Ausgang, der nach draußen führt. Dort wird der Besucher auf das Erlebte angesprochen und bekommt Informationen darüber, was der Weg im Schuldturm mit der Realität der verschuldeten Länder im Süden zu tun hat. Für diese Länder gibt es keine Lösung im Sinne einer einfach zu öffnenden Tür.

Der **Schuldturm** bietet die Möglichkeit, gerade mit Menschen, die bisher keinen Bezug zu Fragen der Auslandsverschuldung hatten, ins Gespräch zu kommen.

Als Aktionsmöglichkeit werden wir am Ausgang des Schuldturms die Beteiligung an der „Anzeigenaktion“ zum Weltwirtschaftsgipfel in Gleneagles anbieten.

Standort: Zentrum Jugend im Deutschen Pavillon an der Plaza, Messegelände

2. „Markt der Möglichkeiten“

Der Stand von erlassjahr.de auf dem Markt der Möglichkeiten soll ganz im Zeichen unserer Aktion zum Weltwirtschaftsgipfel in Gleneagles stehen. Unter dem Motto **„10 Euro für Entschuldung....“** wollen wir möglichst viele UnterzeichnerInnen für unsere Großanzeige in der Financial Times Deutschland (FTD) am 4. Juli 2005 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels gewinnen. Gleichzeitig soll der Stand aber auch Treffpunkt sein für alle (auch ehemaligen!) AktivistInnen aus der Schuldenszene. Kommt doch einfach mal „aufn Kaffe“ vorbei!!!

Standort: Messegelände, Halle 5, F 24

3. Podium „Das biblische Erlassjahr“

Am Samstag, dem 28. Mai, von 11 bis 13 Uhr führt erlassjahr.de in Kooperation mit dem EED eine Podiumsveranstaltung durch. Dabei sind:

- Peter Lanzet,
Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
- Angel Furlan, Ev.-Luth. Kirche Argentinens
- Christian Wilmsen, BMZ
- Stefan Engelsberger, Interessengemeinschaft der Anleihegläubiger Argentinens
- Jürgen Kaiser, z.Z. UNDP

Standort: Messegelände, Halle 1, Saal Europa

*Dr. Cornelia Johnsdorf,
Mitglied des Lenkungsreises*

Stand der Dinge

Nach dem Treffen der Finanzminister der sieben größten Industrienationen (G7) am 4. und 5. Februar in London wurde viel über einen 100%igen Schuldenerlass geredet. Vor der Frühjahrstagung von Weltbank und dem Internationalen Währungsfond (IWF) im April immer noch. Offensichtlich bewegt dieses Thema die offizielle Seite und NGOs.

Nach dem Treffen der G7-Finanzminister war klar, dass in Sachen Entschuldung für die armen Länder etwas getan werden muss. Unklar blieb aber bisher, auf was man sich wird einigen können. Es ist die Rede von 100 %igem Erlass der multilateralen Schulden, die arme Länder bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) haben. Aber was ist mit einem 100% Erlass nun wirklich gemeint? Ein Überblick und Kommentar von erlassjahr.de.

Die Vorgeschichte

Vor dem Februar-Treffen der Finanzminister machte der britische Finanzminister Gordon Brown einen Vorschlag: 20 arme Länder sollen in den Jahren 2005 bis 2015 ihre Schulden an die Weltbank und den IWF nicht bezahlen müssen, damit sie die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen erreichen können. Das bedeutet, dass IWF und Weltbank während dieser Zeit keine Einnahmen von diesen Ländern erwarten können.

Laut Gordon Brown soll beim IWF dieser Zahlungsausfall entweder durch eine Neubewertung oder durch einen Verkauf von Goldreserven des IWF ausgeglichen werden: In den Kellern des IWF lagern nämlich noch 103,4 Millionen Goldunzen, die nach dem derzeitigen Marktpreis gerechnet 43,8 Milliarden US-Dollar wert sind. In den Büchern stehen sie jedoch mit einem Wert von nur auf 8,5 Milliarden US-Dollar. Dieser Spielraum soll also zur Finanzierung der Schuldendiensterrasse genutzt werden. Mittlerweile hat selbst der IWF mitgeteilt, dass solche Neubewertungen oder Goldverkäufe technisch durchaus machbar sind, und keine negativen Auswirkungen auf die Märkte oder die Institutionen selbst hätten.

Die Zahlungsausfälle der Weltbank sollen allerdings anders finanziert werden: Gordon Brown schlägt hierfür vor, dass die Geberländer zusätzlich Geld bereitstellen. Er ging dabei mit gutem Beispiel voran: Großbritannien hält ungefähr 10% der Anteile an Weltbank und IWF. Somit schulden arme Länder 10% ihrer Weltbank- und IWF- Schulden im übertragenen Sinne den

Briten. Und genau diesen Betrag würde die britische Regierung übernehmen.

Den USA missfiel der britische Entwurf, und sie erstellten einen Alternativvorschlag, und ebenso von 100% Schuldenerlass spricht. Nach diesem Entwurf sollen die Schuldenbestände aller 42 HIPC-Initiative teilnehmenden Länder bei Weltbank und IWF erlassen werden. Zur Finanzierung schlagen die USA vor, dass alle Weltbank-Kredite rückwirkend in Schenkungen umgewandelt werden. Beim IWF sollen ebenso die Goldreserven neu bewertet werden. Zusätzlich sollen weitere IWF-interne Mittel zur Finanzierung herangezogen werden. Somit soll also jeglicher Erlass von den Institutionen selbst getragen werden, während die Gläubignationen selbst keine Zuzahlungen mehr leisten sollen.

Beim Finanzministertreffen im Februar selbst gab es ein zähes Ringen und Zerren. Es sah es so aus, als blockiere sich das selbsternannte Gremium selbst. Die einen fanden den einen Vorschlag gut - die anderen jedoch nicht, konnten sich aber auch untereinander nicht auf eine gemeinsame Position verständigen. Eine Entscheidung wurde daher bis zum nächsten Treffen anlässlich der Frühjahrstagung verschoben.

Erlassjahr.de-Kommentar

Erlassjahr.de stand diesen 100%-Vorschlägen mit geteilter Meinung gegenüber. Dabei erfordern die beiden unterschiedlichen Vorschläge individuelle Antworten:

Zum britischen Vorschlag:

Zum einen ist natürlich jegliche Schuldenerleichterung für arme Länder zu begrüßen. Dass Gordon Brown gleich den britischen Teil mitfinanzieren will, trägt zur Glaubwürdigkeit des politischen Willens bei. Ebenso ist es gut, dass nicht nur bereits existierende Geldtöpfe neu verteilt werden sollen, sondern dass zusätzliches Geld von den Gläubignationen für Schuldenerlass aufgebracht werden soll. Jedoch muss hier aufgepasst werden, dass dieses zusätzliche Geld

für einen Schuldendiensterrlass nicht bei der Entwicklungshilfe wieder gekürzt wird.

Weitere Kritikpunkte von erlassjahr.de: Der Vorschlag von Gordon Brown betrifft nur den Schuldendienst, nicht aber den Schuldenstand selbst. Da also nur der Schuldendienst, der Tilgung und Zinsen enthält, der nächsten 10 Jahre von Krediten mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 30 Jahren erlassen werden soll, kommt der britische Vorschlag im Endeffekt nur einem 30%igem Erlass gleich. Ebenso ist es zu bedauern, dass die Liste der Länder, die diese Erleichterungen erhalten sollen, begrenzt ist und nicht alle Länder umfasst, die einen Schuldenerlass brauchen.

Zum amerikanischen Vorschlag:

Dass nicht nur der Schuldendienst, sondern der eigentliche Schuldenstand gestrichen werden soll, geht grundsätzlich in die richtige Richtung, jedoch hat auch der amerikanische Vorschlag seine Haken: Es sollen nur die Ressourcen von Weltbank und IWF zur Finanzierung herangezogen werden. Diese reichen aber nicht aus, um die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen vollständig zu finanzieren. Des weiteren wollen die USA die durch die Entschuldung verursachten Einnahmeausfälle von Weltbank und JWF nicht durch zusätzliche Mittel von den Gläubigerländern kompensieren. Dies hätte zur Folge, dass diese Institutionen weniger Kapital für zukünftige Maßnahmen hätten, also auch weniger Geld für Schenkungen an die armen Länder, die sog. grants. Somit zahlen die Länder nun nur auf Umwegen für ihren eigenen Schuldenerlass. Des Weiteren ist auch hier zu kritisieren, dass der Erlass nur für eine begrenzte Länderliste in Betracht kommt – nicht aber für alle Länder, die aufgrund der sozialen Situation einen Schuldenerlass brauchen.

Die Bundesregierung hatte darauf bestanden, dass es keinen pauschalen Erlass geben soll, sondern dass die Sachlage für jedes Land einzeln geprüft werden soll. Das ist aus Sicht von erlassjahr.de grundsätzlich sinnvoll. Allerdings stellt sich auch hier die Frage, welche Kriterien zur Bewertung der wirtschaftlichen Situation zugrunde gelegt werden sollen und wer die Bewertung durchführen soll. Hier ist die Erklärung der Minister eindeutig

	UK-Vorschlag	US-Vorschlag	Erlassjahr.de-Meinung
Anzahl der Länder, die Schuldenerlass erhalten sollen	Zunächst 20, eventuelle spätere Aufstockung	42	Alle, die aufgrund einer unabhängigen Tragfähigkeitsanalyse Erlass brauchen oder deren Schulden illegitim sind
Mobilisiert zusätzliche Gelder für die MDGs?	Teilweise	Nein	Zusätzliche Mittel sind unbedingt nötig, um die MDGs zu erreichen.
100% Schuldenerlass	Nein, nur Schuldendienst	Ja, aber mit Haken	Brauchen eine Verfahrenslösung – keine Pauschalvorschläge

– und sie weist in die falsche Richtung: Sie wollen ausgerechnet Weltbank und IWF mit der Ermittlung beauftragen, wie viele Schulden erlassen werden müssen. Aber sollen die Gläubiger wirklich zugleich auch die Entscheidung darüber fällen, welches Land einen Erlass braucht? Erlassjahr.de meint, dass hierfür eine unabhängige Begutachtung der Situation des Schuldnerlandes unabdingbar ist. Grundlage der Beurteilung, wie viele Schulden ein Land tragen kann, sollte daher eine unabhängige Tragfähigkeitsanalyse sein, die die soziale Situation in den Ländern mitberücksichtigt (Siehe nachfolgender Artikel). Nur so kann ein faires Ergebnis erwartet werden.

Ein Ausblick

Mitte April wird nun die Frühjahrstagung von IWF und Weltbank Mitte in Washington stattfinden. Es ist zwar nicht sicher, ob man sich dort auf eine gemeinsame Position einigen kann. Die

vorgelegten Vorschläge werden dort jedoch mit Sicherheit hinter verschlossenen Türen weiter diskutiert werden.

Daher ist es wichtig, dass die Mächtigen merken: Der Druck der Aktivisten lässt nicht nach, und unzureichende Vorschläge werden weiter kritisiert. Konkret heißt das hier:

- Keine 100%-Lösung, die keine 100%-Lösung ist,
- Schuldenerlass für alle, die aufgrund einer unabhängigen und auch soziale Kriterien berücksichtigende Tragfähigkeitsanalyse eine Entschuldung brauchen,
- keine Pauschalvorschläge, die für eine begrenzte Anzahl von Ländern eine „Alles (100% Erlass)-oder-Nichts (0% Erlass)“-Lösung versprechen. Stattdessen eine faire und transparente Verfahrenslösung, die allen Ländern offen steht. ■

Jonas Bunte und Susanne Luithlen, erlassjahr.de

e-Postkarten an Finanzminister Eichel:

Über 1.000 e-Postkarten haben Mitträgerinnen und Mitträger und viele andere Menschen bis Anfang Februar 2005 an Finanzminister Eichel abgeschickt. Sie forderten die Bundesregierung auf, für alle Länder des Südens die Möglichkeit für eine faire Entschuldung zu schaffen. Die Selbstverpflichtung der Bundesregierung auf ein faires Insolvenzverfahren (Koalitionsvertrag) muss in 2005 endlich umgesetzt werden.

Allen, die mitgemacht haben, an dieser Stelle herzlichen Dank!



Schuldentragfähigkeit - Ein Überblick

Schuldentragfähigkeit bezeichnet – sehr wörtlich – die Fähigkeit eines Landes seinen Schuldenberg tragen zu können. Jedoch sind die Kriterien, mit denen diese Fähigkeit gemessen wird sehr umstritten. Erlassjahr.de gibt einen Überblick.

Mit Hilfe von Tragfähigkeitskriterien kann man für jedes Land ein so genanntes tragfähiges Schuldenniveau bestimmen. Sobald dieses errechnet ist, wird es an den aktuellen Schuldenberg des Landes angelegt. Im Idealfall soll nun der Teil des Berges, der über diesem Niveau liegt, erlassen werden. Was unterhalb dieser Grenze liegt, wäre gemäß den Kriterien als Schuldenlast für das entsprechende Land tragbar. Dieser Teil wird daher nicht erlassen und es wird erwartet, dass die Rückzahlung der Restschulden von nun an ohne Probleme erfolgen wird. Welche Schuldenlast einem Land zugemutet werden darf, hängt also von diesen Kriterien ab. Deshalb ist das Thema Tragfähigkeit wichtig.

Tragfähigkeit in der HIPC-Initiative

Innerhalb der Kölner HIPC-Initiative wurde Tragfähigkeit anhand von zwei Kriterien definiert: Zum einen durch die Schuldenquote. Sie bezeichnet das Verhältnis des Gesamtschuldenstandes zu den Exporterlösen. Diese Quote ist auf 150% festgelegt, das heißt, dass das eineinhalbfache der Exporteinnahmen als Schuldenlast für tragbar erachtet wird. Das zweite Kriterium ist die Schuldendienstquote. Hier wird der von den Ländern geleistete Schuldendienst ins Verhältnis zu den Exporterlösen gesetzt. Momentan darf

diese Quote nicht höher liegen als 15%. Im Vergleich dazu: Beim durchaus erfolgreichen deutschen Schuldenerlass 1953 lag diese Quote bei 3,35%.

Kritisiert wurden an diesen sehr technischen Tragfähigkeitskriterien folgende Punkte:

Falscher Ansatz

Es werden keinerlei soziale Kriterien zur Berechnung herangezogen. So kann es sein, dass die wirtschaftlichen Rahmendaten eines Landes auf dem Papier in Ordnung zu sein scheinen, die Situation der Menschen im Hinblick auf Einkommen, Gesundheit und Bildung allerdings schlimmer denn je ist.

Falsche Anreize

Tragfähigkeit wird nur anhand eines einzigen Indikators, nämlich den Exporteinnahmen bestimmt. Dadurch wird jedoch kein Anreiz gegeben, eine möglichst breit gefächerte Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Länder spezialisieren sich auf wenige Exportgüter und sind daher sehr abhängig vom Außenhandel sowie verletzlich gegenüber einem Verfall der entsprechenden Weltmarktpreise.

Manipulationsmöglichkeiten

Bei Quoten, die mathematisch durch Brüche

ausgedrückt werden, muss man nur den Nenner unter dem Strich vergrößern, um ein verringertes Ergebnis zu erhalten. Ende 2001 wies das europäische Entschuldungsnetzwerk EURODAD nach, dass sowohl Weltbank als auch IWF systematisch die wirtschaftlichen Aussichten der HIPC-Länder schön gerechnet hatten: So ging die HIPC-Abteilung der Weltbank zum Beispiel bei der Berechnung der zu erwartenden Exporteinnahmen von einem jährlichen Anstieg des Weltmarktpreises für Baumwolle von 10 Prozent zwischen 2001 und 2005 aus. Interessanterweise ging die hauseigene, mit Gütermärkten befasste Weltbankabteilung aber nur von einem Wachstum von 4,4 Prozent aus. Mit Hilfe überhöhter Weltmarktpreisprognosen wären die Exporterlöse größer gewesen und die zu erlassende Schuldenbergspitze damit kleiner.

Die Tragfähigkeitskriterien von HIPC kommentierend sagte Jeffrey Sachs, Professor an der Harvard Universität: „Es ist ohne weiteres möglich, und in der Tat momentan der Fall, dass ein Land oder eine Region nach den makroökonomischen Kriterien des IMF einen tragfähigen Schuldenberg besitzt, während Millionen von Bewohnern dieses Landes aufgrund von Hunger oder Krankheit sterben“.

Der Bottom-Up Ansatz

Einer der prominentesten Vorschläge ist der so genannte „Bottom up“-Ansatz, übersetzt etwa der „Von unten nach oben“-Ansatz: Dieser besagt, dass die Bedürfnisse der Schuldner Priorität vor den finanziellen Forderungen der Gläubiger erhalten. Es soll also eine Art Pfändungsfreigrenze geschaffen werden, die den Schuldnerländern genügend Mittel zur Grundversorgung ihrer Bevölkerung und ausreichend Freiraum für autonomes Wirtschaften garantiert. Dieser Grundstock an Ressourcen darf nicht zum Schuldendienst herangezogen werden, sondern nur der dann noch verbleibende Restbetrag.

EURODAD hat dieses „Existenzminimum für Staaten“ in seinem Vorschlag anhand der Millennium Entwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen definiert. Die Methode ist einfach: Man zählt, wie viel Geld einem Land insgesamt zur Verfügung steht. Dann bestimmt man, wie viel Geld dieses Land braucht um die MDGs zu erreichen. Nun subtrahiert man den benötigten Betrag von dem vorhandenen Betrag. Bleibt nach dieser Rechnung Geld übrig, darf dieses zum Teil für den Schuldendienst herangezogen werden. Bleibt wie im Beispiel (siehe Kasten) nichts übrig, sollten keine Schulden gezahlt werden, denn die vorhandenen Ressourcen reichen noch nicht einmal für die Finanzierung des Existenzminimums.

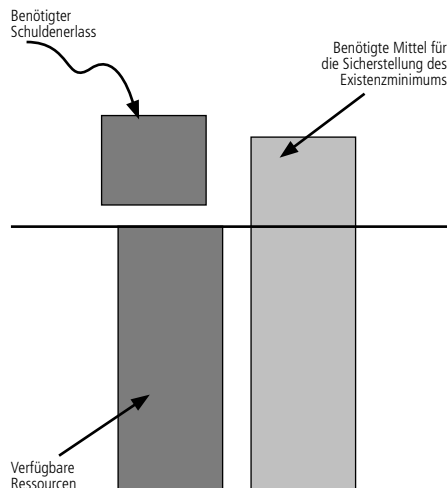
Der Bottom-Up Ansatz ist konzeptionell ein großer Fortschritt: Im Gegensatz zum momentanen Verfahren wird € analog zum Insolvenzrecht für Personen - der Sicherstellung eines Existenzminimums für Staaten gegenüber den Forderungen von Gläubigern Priorität eingeräumt. Dennoch gibt es große Probleme bei der Berechnung der Kosten für das Erreichen der MDGs. Hier wird es auf absehbare Zeit keine verlässlichen Ergebnisse geben.

Der „Operative Rahmen“ für Tragfähigkeit

Im April 2004 schlugen die Weltbank und er IWF ein alternatives, zweistufiges Berechnungsverfahren von Tragfähigkeit vor:

Im ersten Schritt wird eine für das betreffende Land angemessene „kritische Schuldenhöhe“ bestimmt. Dies geschieht, indem die Höhe bestimmter Schuldenindikatoren zu den Zeitpunkten festgehalten wird, bei denen die Länder in der Vergangenheit „Schuldenstress“ ausgesetzt waren. Schuldenstress wird durch das Reißen einer der drei folgenden Messlatten definiert: Erstens dem Aufbau von Zahlungsrückständen, zweitens Umschuldungen im Pariser Club, oder aber drittens der Inanspruchnahme von Zahlungsbilanzhilfen des IWF.

Im zweiten Schritt wird diese kritische Schuldenhöhe nun länderspezifischen Stress-Tests unterzogen. Diese simulieren die ökonomischen Auswirkungen von Risiken wie Naturkatastrophen



oder Preiseinbrüchen von Rohstoffen. Je nachdem wie diese ausfallen, wird anschließend die kritische Grenze ein weiteres Mal gesenkt um einen Puffer zu schaffen, der diese Unwägbarkeiten auffangen kann.

Man muss würdigen, dass Weltbank und IWF sich bemüht haben, mit diesem Verfahren realistischere Prognosen zu erhalten. Ebenso ist die Einbeziehung von Stress-Tests ein Fortschritt: Die Schulden-Export-Quote von 150 % wird nun nicht mehr pauschal als tragfähig angesehen.

Dennoch gibt es etliche Kritikpunkte:

Falsche Zielsetzung

Der Ansatz versucht nur, eine Richtlinie für das Vermeiden exzessiver Schuldenanhäufung bei der zukünftigen Kreditvergabe zu erstellen. Eine Ausweitung des Schuldenerlasses innerhalb der HIPC-Initiative auf Basis dieser Berechnungen ist nicht geplant.

Fehlerhafte Grundannahmen

Die drei Messlatten, die eine Schuldenstresssituation definieren sollen, sind keine Indikatoren des eigentlichen Problems. In der Geschichte der Schuldenkrise hat sich gezeigt, dass Regierungen bei Zahlungsproblemen zunächst versuchen durch Einsparungen die Lage in den Griff zu bekommen. So sind zum Beispiel Haushaltskürzungen im Sozialbereich oder das Abbauen von öffentlichen Reserven bei gleichzeitig wachsenden Schuldendienstforderungen offensichtliche Erscheinungsformen von Überschuldung, die im Vorfeld erkennbar sind. Die von Weltbank und IWF verwendeten Messlatten sind jedoch sekundäre politische Maßnahmen der Schuldnerregierung während einer bereits eingetretenen Krise.

Untragbare Ergebnisse

Die schon von der HIPC-Initiative bekannten Indikatoren Schulden-Export-Quote (bei HIPC 150%) und Schuldendienstquote (bei HIPC 15%) liegen nun mit 200 % bzw. 25% bei „Ländern mit Politik mittlerer Qualität“ wesentlich höher. Angesichts des Scheiterns der HIPC-Initiative ist dies nicht nachvollziehbar.

Der BOTOS-Ansatz

Der BOTOS-Ansatz der Initiative WiSoTrEn an der Universität Bayreuth wollte die Vorteile des Bottom-Up Ansatzes mit den Überlegungen des Operativen Rahmens der Weltbank und des IWF verbinden: Das Erreichen der MDGs durch Schuldenerlass als Ziel, aber mit empirischer Begründung.

Die Vorgehensweise des BOTOS-Ansatzes ist folgende: An der Basis aller Überlegungen steht die Gegenüberstellung von verfügbaren Ressourcen auf der einen Seite zu benötigtem Geld für das Erreichen der MDGs auf der anderen. Im Unterschied zum Vorschlag von EURODAD betrachtet der BOTOS-Ansatz dieses Verhältnis jedoch nicht nur zu einem Stichtag. Stattdessen wird die Entwicklung dieses Verhältnisses über das letzte Jahrzehnt betrachtet und daraus eine kritische Schuldenhöhe errechnet. Diese wird nun, analog zum Operativen Rahmen von Weltbank und IWF länderspezifischen Stress Tests unterzogen. Die damit errechneten Ergebnisse entsprechen ungefähr den Quoten, die Deutschland nach der Entschuldung des Londoner Abkommens 1953 erhielt.

Ausblick

Auch wenn noch keines dieser Konzepte endgültig ausgereift ist und noch einiges an Arbeit vor uns liegt, stehen die grundsätzlichen Forderungen von Nicht-Regierungsorganisationen fest:

- Soziale Kriterien, wie z.B. das Erreichen der MDGs, müssen in der Tragfähigkeitsanalyse Beachtung finden. Dabei muss es Priorität haben dem Land zu einem sich selbst tragenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu verhelfen. Nur so kann es souverän agieren.
- Der Schiedsrichter darf nicht auch ein Spieler der anderen Mannschaft sein: Daher können Gläubiger mit Eigeninteressen wie Weltbank und IWF nicht mit der Einschätzung der Tragfähigkeit beauftragt werden.
- Nicht nur Länder in der HIPC-Initiative, sondern alle Länder, die aufgrund einer unabhängigen Tragfähigkeitsanalyse Schuldenerlass benötigen, müssen ihn auch bekommen.

Warum ist das Thema Tragfähigkeit wichtig für erlassjahr.de?

In einem fairen und transparenten Schiedsverfahren, wie es erlassjahr.de vorschlägt, müssen Tragfähigkeitsberechnungen die Verhandlungsgrundlage für einen Schuldenerlass bieten. Es wird Zeit, dass wir uns mit diesem Thema näher beschäftigen. Daher werden wir uns in der nahen Zukunft verstärkt mit Aktionen und Bildungsmaterialien in die Diskussion einbringen.

Jonas Bunte, erlassjahr.de

Stehen bleiben oder weiter machen?

Da beschließt die erlassjahr.de Mitträger-versammlung im Juni 2004, das Bündnis unbefristet fortzuführen und wählt dabei den Weg: wer sich nicht rührt, ist weiterhin dafür. Das Bündnis ist gut beraten, sich selbst nicht schwächer zu machen als es ist, gerade angesichts der begrenzten öffentlichen Identifizierung als die deutsche Flanke der internationalen Entschuldungsbewegung.

Wir hatten im Bistum Limburg die Absicht, unser Engagement in diesem Bereich fortzuführen, aber nicht still-schweigend. Die kritischen Fragen des „Warum denn noch?“ dienen uns mehr der Schärfung unserer Motivation, Zielsetzung und der Konsolidierung unseres Rückhaltes; sie müssen kein Risiko für einen möglicherweise abschlägigen Fortsetzungsbeschluss sein.

Das Thema der Entschuldung der Entwicklungsländer ist komplex. Für viele – auch wohl geneigte – Personen in Räten und Gremien ist es nicht leicht, dieses Thema mundgerecht zu vermitteln. Das liegt in der Natur der Sache, ist so zu benennen und darf nicht eine Befassung verhindern. Das trifft auch auf das Bistum Limburg zu, das durch Partnerschaftskontakte u.a. nach Kamerun und Sambia der Schuldenkrise ein Gesicht zu geben vermag. Das Engagement für den Schuldenerlass ist bei uns zuletzt etwas punktueller und dünner geworden, andere Themen stehen auf der Agenda und konkurrieren. Dennoch haben wir bewusst den Weg beschritten, die Fortführung der Mitträgerschaft im Bündnis erlassjahr.de in das Kreuzfeuer breiter Beratung zu stellen; wer wagt, gewinnt. Uns hat geholfen:

- Das Thema auf die Agenda von Beratungs- und Entscheidungsgremien bringen. Die Mitglieder nicht unterfordern, sondern einbeziehen über globale Beziehungen nachzudenken.
- Mit einem Resümee Erreichtes und Unerreichtes bilanzieren und verdeutlichen was unerledigt ist.
- Begründen, warum wir weiter machen wollen, sollen und müssen (vgl. Beschlüsse der MTV 2004).
- Eigene Maßnahmen, Akteure und Zielgruppen neu wahrnehmen; nicht nur auf ein Weiter-So! der bereits Engagierten setzen.

Herausforderungen müssen konkretisiert werden, damit sie aufgegriffen werden können:

- Welche Sachauseinandersetzung brauche ich selbst, um Entwicklungen im Schuldenmanagement zu sehen und zu verstehen? In welchem Rahmen lässt sich z.B. eine Veranstaltung hierfür in der Region platzieren? Wer z.B. von der erlassjahr.de-Regionalkoordination sollte dazu eingeladen werden?
- Die Menschenkette von Köln 1999 ist sechs Jahre her. Der Kredit der Vorkenntnisse ist gering, d.h. das Thema müssen Menschen, die nicht zur Para-Profi-Equipe der Eine-Welt-Arbeit zählen – auch sprachlich – verstehen können.
- Kontakte zu Partnern in Schuldnerländern sollten verstärkt dafür genutzt werden, das Thema aufzugreifen. Mitteilungen und Forderungen aus diesen Ländern müssen bekannt gemacht werden. Die faktischen Situationen dieser Menschen sind oft Kontrast, Skandal und Botschaft genug.
- Verantwortungsträger in leitenden Gremien direkt ansprechen und auffordern, den Berichts- und Beratungspunkt „Entschuldung der Entwicklungsländer“ zu behandeln. Die offizielle Anfrage löst die erste Befassung mit dem Thema aus; inhaltliche Unterstützung zur Gestaltung der Beratung sollte dazu angeboten werden.
- Konkrete Handlungsoptionen sollten für die Beratung angeregt werden, wie z.B. die Beteiligung an Lobby- und Postkartenaktionen, die Einbeziehung bestimmter weiterer Gruppen im Wirkungsfeld, die regelmäßige Information über Fortschritte. Diesbezügliche Beschlüsse geben den oft wenigen „Motor-Personen“ anschließend bei der Umsetzung das Mandat erkennbarer und wirksamer zu handeln.

In dieser Orientierung haben die Diözesanversammlung und der Diözesansynodalrat des Bistums Limburg und der Bezirkssynodalrat Westerwald einstimmige Beschlüsse zur weiteren Mitträgerschaft im Bündnis erlassjahr.de gefasst. Und sie haben sich damit das Erlassjahr-Motto nach dem Kölner Gipfel erneut zu Eigen gemacht:

Entschuldung muss weiter gehen...

*Winfried Montz,
Leiter Referat Weltkirche im Bistum Limburg und
Regionalkoordinator Rhein-Main von erlassjahr.de*

Entschuldung der „Dritte-Welt“-Länder

Thema in der Arbeit des Eine-Welt-Kreises in Syke

Seit über 20 Jahren trifft sich der Eine-Welt-Kreis der ev.-luth. Christus-Kirchengemeinde in Syke, um entwicklungspolitische Themen in die Gemeindegemeinschaft hineinzutragen. Vieles steht auf dem Programm: Bildungsarbeit mit Konfirmanden/innen, Vorbereitung des jährlichen „Hungermarsches“ und von „Eine-Welt“-Gottesdiensten, der Verkauf von fair gehandelten Produkten – alles mit dem Ziel, das Augenmerk auf die Fragen und Probleme der Menschen in den Entwicklungsländern zu richten.

Da der Kirchenkreis Syke-Hoya Mitträger des Bündnisses „erlassjahr.de“ ist, entstand die Frage, ob wir uns als Eine-Welt-Kreis nicht auch mit dem Problem der Entschuldung der „Dritte-Welt“-Länder befassen müssten. Wir fragten uns: Haben wir nicht schon genug Themen und Arbeit im Eine-Welt-Kreis? Schaffen wir es, uns in die nicht ganz leichte Materie der „Schuldenproblematik“ hineinzuarbeiten? Bald merkten wir aber: es geht uns und unsere Arbeit an. Außerdem sollte die Entschuldung der Entwicklungsländer und die Einführung eines fairen Schiedsverfahrens gerade auch der heranwachsenden Generation nahe gebracht werden. Das haben wir dann neben der Konfirmandenarbeit auch in einem Bußtags-Schulgottesdienst versucht. Durch Gemeindeabende u.a. mit Detlev von Larcher, der von den Schwierigkeiten bei der Entschuldung von Nicaragua berichtete, und durch andere Informationen rückte für uns die Schuldenproblematik

immer mehr ins Blickfeld. Es wurde uns deutlich, wie weit unsere eigene bisherige entwicklungsbezogene Bildungsarbeit (Aufklärung über fair gehandelte Waren, Begleitung und Darstellung von BROT-für-die-Welt Projekten, ...) mit der Entschuldung der Entwicklungsländer verwoben ist. Hilfreich war es, mit Hilfe des Bündnisses „erlassjahr.de“ „Flagge“ bzw. „Schal“ zu zeigen, z.B. bei einer Veranstaltung in Bremen oder bei den Kirchentagen.

Der „Kölner Gipfel“ war vorbei – das Thema „Entschuldung“ nicht. Es sollte noch weitere Kreise ziehen: Cornelia Johnsdorf kam in den Kirchenkreistag am 25.2.2002 und brachte einen neuen Impuls für die Arbeit und viele bunte Ringe mit. „Fairnessringe“ galt es nun im ganzen Kirchenkreis zu sammeln, um die „Entschuldung fair ändern“ auf „Tour“ zu bringen. Verknüpfungen wurden gesucht und gefunden: die Schuldenproblematik sollte an dem Land aufgezeigt werden, in dem das „aktuelle“ BROT-für-die-Welt Projekt angesiedelt war, mit dem in dem jeweiligen Jahr für BROT geworben wurde. So zeigten Info-Abende und Eine-Welt-Gottesdienste am Pfingstmontag am Beispiel von Togo (2002) und Tansania (2004), dass für die Entwicklung dieser Länder Entschuldung notwendig ist. 2003 diente der bevorstehende Partnerschaftsbesuch einiger Kirchenkreis-Mitglieder in Brasilien dazu, genauer auf den „Schuldenberg Brasilien“ zu schauen (ebenfalls bei einem Info-Abend und Eine-Welt-

Gottesdienst). In Syke sammelten wir eifrig Fairness-Ringe bei Gemeindeveranstaltungen und an unserem Eine-Welt-Laden-Stand auf dem Markt. Damit trugen wir die Fragen der Entschuldung und eines fairen Schiedsverfahrens noch stärker in die Öffentlichkeit als bei den Gemeindeveranstaltungen. In vielen Gesprächen haben wir feststellen müssen, dass das Verständnis für die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer nicht sehr groß ist. Deshalb sollte die Arbeit des Bündnisses „erlassjahr.de“ weitergehen.

In unserem Eine-Welt-Kreis haben wir eine umfassendere Sicht für die Lage der Bevölkerung in der dritten Welt bekommen. Das Thema „Entschuldung“ wird auch in Zukunft Teil unserer entwicklungsbezogenen Arbeit in der Kirchengemeinde sein, um das Bewusstsein der Menschen in der ersten Welt für die Lebensbedingungen der Menschen in der Dritten Welt zu schärfen. Kampagnen wie z.B. die „Fairness-Ring“-Aktion von „erlassjahr.de“ helfen dabei, Aufmerksamkeit zu erzeugen und die Probleme zu veranschaulichen. Weitere Ideen und Aktionen von „erlassjahr.de“ wären gut und notwendig, damit immer mehr Menschen ein Licht aufgeht, dass wir weltweit miteinander verbunden sind und auf einem Globus leben. ■

Angelika Flohr,
Eine Welt-Kreis, Syke



Erklärung von Montevideo unterzeichnet:

am 11. November 2004 folgte der Landtag von Baden-Württemberg einem interfraktionellen Antrag des Wirtschaftsausschusses.

Bereits im Sommer 2003 hatten maßgebende baden-württembergische Akteure auf der Ziele-Tagung des ZEB, des Zentrums für entwicklungspolitische Bildung, starkes Interesse für das Thema Entschuldung gezeigt. Unter dem Thema „Handel(n) FAIR ändern“ befasste sich ein Workshop der Tagung mit den Chancen von Kampagnenarbeit. In Kleingruppen näherte man sich den inhaltlichen Fragen. Unter den Überschriften: Markt, Schuldenmanagement, Kampagnenarbeit und Süd-Nord Akteure befassten sich die Teilnehmenden mit weiterführenden Themen wie Londoner Erlasse, Gegenwertfonds, Strukturanpassungen, Faires Transparentes Schiedsverfahren und der „Erklärung von Montevideo“. Im anschließenden Spiel „Der große Preis“ wurden die gewonnenen Erkenntnisse leidenschaftlich zwischen den Mitspielenden diskutiert.

Unabhängig von den politischen Ergebnissen betrachtete man selbstorganisiertes Lernen oder die Diskussion globaler Fragestellungen im regionalen Kontext als wesentliche Zugewinne

von Kampagnenarbeit. Abschließend brachten Workshop Teilnehmende im Plenum die „gräuliche Moritat von der kleinen roten Henne“ zur Aufführung. Eine Mitarbeiterin des Wirtschaftsministeriums bewährte sich als standfesteste Sängerin bei der musikalischen Umsetzung von inhaltlichen Fragen zu Welthandel und Verschuldung am Beispiel einer Kaffee-Produzentin. Bereits in der Mittagspause wurde erörtert, ob und wie man entwicklungspolitisch interessierte Landespolitiker mit der Erklärung-von-Montevideo-Initiative in Kontakt bringen könnte.

Eine Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg zum Thema Entwicklungszusammenarbeit im April 2004 bot einen geeigneten Anknüpfungspunkt. Staatssekretär Dr. Horst Mehrländer regte ein Beitreten des Wirtschaftsausschusses zur Erklärung von Montevideo an. Die Anregung wurde vom Landtag aufgenommen, es gab erste Sondierungsgespräche. Mitarbeitende des Wirtschaftsministeriums des Landes, der

Pressestelle der FDP/DVP-Landtagsfraktion und vom Erlassjahr-Forum Baden-Württemberg diskutierten inhaltliche Fragen eines Fairen und transparenten Schiedsverfahrens. Der Rahmen für eine Anfrage innerhalb der Strukturen des Landtages wurde ebenfalls abgesteckt. Dann ging alles seinen parlamentarischen Weg: Mit einer befürwortenden Stellungnahme unterstützte das Wirtschaftsministerium einen interfraktionellen Antrag zur Unterzeichnung der Erklärung von Montevideo durch den Landtag von Baden-Württemberg. Am 22. September 2004 verabschiedete der Wirtschaftsausschuss einstimmig den interfraktionellen Antrag, und am 11. November 2004 kam es zur Beschlussfassung in der Plenarsitzung: der Landtag von Baden-Württemberg unterzeichnete die Erklärung von Montevideo.

Begeistert meldete sich Mario Cafiero aus Argentinien. Er danke den Initiatorinnen. ■

*Linde Janke
Mitglied des Lenkungskreises*

Pressemeldung des Landtages von Baden-Württemberg, 22..9.2004

Stuttgart. In einem gemeinsamen Antrag fordern die vier Fraktionen des Landtags CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der internationalen Verhandlungen noch stärker als bisher für die Einführung eines fairen und transparenten Verfahrens bei der Entschuldung von Entwicklungsländern zu engagieren. Einstimmig angenommen wurde dieser Antrag in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am Mittwoch, 22. September 2004, im Rahmen der Behandlung einer Großen Anfrage der FDP/DVP-Fraktion zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit im Wandel“. Wie die Vorsitzende des Ausschusses, die CDU-Abgeordnete Veronika Netzhammer, erläuterte, sind die finanziellen Ressourcen vieler Länder der Dritten Welt größtenteils durch den Schuldendienst gebunden und können deshalb nicht für wichtige, der nachhaltigen Entwicklung dieser Volkswirtschaften dienende Infrastrukturprogramme investiert werden. Um der anhaltenden Überschuldung und Verarmung der betroffenen Volkswirtschaften ein Ende zu setzen, bedürfe es eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens. Zur Durchsetzung dieses Zieles hätten im März 2003 lateinamerikanische Parlamentarier in Zusammenarbeit mit europäischen Experten die Erklärung von Montevideo verfasst. Entsprechend dem gemeinsamen parlamentarischen Antrag hätten nun auch die Fraktionen des Landtags im Wirtschaftsausschuss diese Erklärung unterzeichnet, so Netzhammer. Gleichzeitig werde die Aktion „erlassjahr.de-Entwicklung braucht Entschuldung“ unterstützt, ein breites gesellschaftliches Bündnis, dem unter anderem Landeskirchen, Diözesen, entwicklungspolitische Organisationen, Eine-Welt-Gruppen, Kirchengemeinden und Weltländern angehören.

Respect our Future

Unter diesem Titel hat die Aktion Mensch Ende November 2004 im Landschaftspark in Duisburg-Nord eine zweitägige Jugendmesse veranstaltet. Anders als bei der Essener Jugendmesse „You“, die Jugendliche vor allem als KonsumentInnen in den Blick nimmt, ging es bei dieser nicht-kommerziellen Messe eher darum, Jugendliche ganzheitlich als Personen wahrzunehmen. Dabei wurden sie zum Nachdenken darüber angeregt, wie sie sich mit ihren persönlichen Begabungen, Visionen und Kräften in die Welt einbringen können und wie sie darin vorkommen wollen. Das Angebot der Messe reichte von Ständen verschiedener politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppen über sportliche Veranstaltungen bis hin zum Schreib-Workshop.

erlassjahr.de war dabei mit einem Stand auf der Themeninsel „Politik und Gesellschaft“, in Nachbarschaft mit amnesty international und terre des hommes. Zielsetzung des erlassjahr.de-Standes war es, eine große Zahl von Jugendlichen über die Schuldenproblematik und die Arbeit von erlassjahr.de zu informieren.

Unser Blickfänger war die vom Berliner Kirchentag schon bewährte Schuldenmauer: Auf Pappwürfeln standen Begriffe, die in der Schuldendiskussion eine Rolle spielen, und diese Pappwürfel waren zu einer Mauer aufgeschichtet. Wer nun einen Begriff errät, durfte einen Stein aus der Mauer herausbrechen und das so lange, bis die Mauer einstürzte. Wem ein Mauereinsturz gelang, bekam ein Stück fair gehandelte Schokolade, oder wenn er oder sie besonders viele Begriffe benennen konnte, auch ein Erlaßjahr2000-T-Shirt.

Es stellte sich heraus, dass die meisten Jugendlichen schon einmal etwas von der untragbaren Verschuldung der Entwicklungsländer gehört hatten. Viele wussten auch von den gravierenden Auswirkungen der Verschuldung auf die Bevölkerung der betroffenen Länder. Allerdings wussten die meisten nicht, dass Deutschland 1953 in den Genuss einer großzügigen Entschuldung gekommen ist, die eine wesentliche Voraussetzung für den späteren Wohlstand war.

Dies war ein geeigneter Ausgangspunkt für intensive Gespräche über die positiven Auswirkungen von Entschuldung auf Entwicklung sowie über die Möglichkeit eines fairen und transparenten internationalen Entschuldungsverfahrens. Insgesamt zählte die Messe mehr als 10.000 BesucherInnen, am ersten Tag kamen eher Schulklassen mit ihren LehrerInnen und am zweiten viele Cliques und EinzelbesucherInnen. Wir haben in etwa hundert Gesprächen mit schätzungsweise mehr als 250 Jugendlichen gesprochen, so lange die Stimmbänder es mitmachten.

*Eckehard Röhm
Gemeindedienst für Mission und Ökumene,
Mülheim*



«Take it, or leave it»

Das argentinische Umschuldungsangebot

Fast drei Jahre sind vergangen, seit Argentinien den Schuldendienst für die privaten Gläubiger einstellte. Anleihen im Wert von knapp 82 Milliarden US-\$ wurden seitdem nicht bedient, zu denen noch Zinsforderungen von etwa 20 Milliarden US-\$ dazu kommen. Betroffen sind ca. 500.000 Bondshalter aus Argentinien (38 %), Italien (16 %), der Schweiz (10 %), den USA (9 %), Deutschland (5 %) und Japan (3 %). Das Gläubigerspektrum reicht vom Pensionär über den mittelständischen Angestellten bis hin zum institutionellen Anleger.

Nun können die Gläubiger bis zum 25. Februar 2005 ihre Bonds in drei neue Anleihen umwandeln. Dafür will Argentinien neue Anleihen im Wert von etwa 40 Milliarden US-\$ emittieren, die niedriger verzinst sind und längere Laufzeiten aufweisen. Der Kapitalschnitt, d.h. der Verzicht der Gläubiger, beträgt zwischen 60% und 70%. Argentinische Pensionsfonds und Banken tauschten am ersten Tag rund 20 Prozent ihrer Schuldverschreibungen. Bis Anfang Februar hatten ca. 35 % aller Gläubiger den Schuldentausch angenommen, auch wenn er im Ausland auf heftige Kritik stieß.

Die Empörung mancher privater Kleinanleger ist nachvollziehbar, denn sie zahlen als „kleine“ Gläubiger, die Staatsbankrottkosten, während der Internationale Währungsfonds (IWF) als privilegierter Gläubiger in den letzten drei Jahren rund 10 Milliarden US-Dollar kassierte.

Die argentinische Wirtschaft steht derzeit relativ stabil da. Hohe Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und das **Nichtbedienen eines großen Teils der Auslandsschuld** verschafften - mehr der Regierung als der Bevölkerung - Luft. Gegenwärtig sind 44,7 % der ArgentinierInnen arm, 17 % bedürftig. Langsam wird die so genannte „neue Armut“ strukturell.

Inzwischen hat das argentinische Parlament ein Gesetz gebilligt, das der Regierung untersagt, das Umtauschangebot nach dem 25. Februar nachzubessern. „Nehmt es an oder lasst es“, so die Parole des Umschuldungsangebots. Wo kommt das anscheinend selbstbewusste Auftreten eines krisengeschüttelten, überschuldeten und obendrein mit Schadensersatzforderungen der Privatgläubiger konfrontierten Landes her? Bestimmt nicht von der kleinen sozialen Bewegung im Land, die sich pro FTAP zeigt oder von jener, welche eine Schuldenstreichung fordert. Dieses Auftreten weist eher auf einen Versuch hin, durch das Gelingen der Umschuldung aus der Kategorie der Parias der Finanzwelt auszusteigen. Schließlich hat die argentinische Regierung ihr Angebot seit 2003 (Dubai) deutlich verbessert und überlegt derzeit, ihre Gesamtschulden gegenüber dem IWF zu begleichen.

Dr. Alicia Rivero
Netzwerk Argentinien in erlassjahr.de

Der Lenkungskreis von erlassjahr.de beschloss am 9.11.04, einen so genannten „Amicus Curiae Brief“ mit zu unterzeichnen, der am 15. November 2004 dem deutschen Bundesverfassungsgericht zugesandt wurde. Darin wird gebeten, international anerkannte Sachverständige zu „odious debts“ zu dem Verfahren hinzuzuziehen. Das Schreiben wurde von erlassjahr.de, Attac und dem Mitglied des Argentinischen Parlaments, Mario Cafiero, unterzeichnet.

Kamerun: Die Kehrseite der Globalisierung – Koloniales Erbe, Armut und Diktatur

Erdöl, Mineralien, Wasserkraft und fruchtbarem Boden

Kamerun ist von der Natur sehr gut ausgestattet, gehört aber weiterhin zu den ärmsten Staaten der Welt. Ein Schwerpunkt der neuen SÜDWIND-Publikation liegt bei der Frage, wie sich die Öffnung der Wirtschaft in den letzten Jahren ausgewirkt hat, welche Rolle die Verschuldung des Landes spielt, wie die Entschuldung vorankommt und welche Rolle die Zivilgesellschaft bei der Erstellung der Armutsbekämpfungsstrategien spielt.

Die soziale Situation in Kamerun verschlechterte sich infolge der Wirtschaftskrise seit Anfang der neunziger Jahre. Die fehlende Wirtschaftsdynamik führte zu einer Verschlechterung der öffentlichen Finanzen und einer Verschärfung der Schuldenkrise. Der Staat war nicht mehr in der Lage, das im Grundgesetz festgelegte Recht auf Bildung für alle Kameruner in die Praxis umzusetzen. Sparzwang und Korruption führten zu einem enormen Mangel an öffentlichen Ressourcen für Bildung und Gesundheit. Heute lebt jeder zweite

Kameruner mit weniger als einem Dollar pro Tag unter der Armutsgrenze. Jede Dritte arbeitsfähige Person findet keine Arbeit und muss sich mit informeller Beschäftigung als Straßenverkäufer über den Tag retten. Warum sind vergangene Entwicklungsstrategien in Kamerun gescheitert? Welche Rolle spielt heute das schwere Erbe der Kolonialzeit? Welche internen Konflikte könnten ein friedliches Zusammenleben bedrohen? Ist die Globalisierung eine Chance oder eine Gefahr für Kamerun? Diesen Fragen will die vorliegende Publikation nachgehen.

58 Seiten, 5 Euro, ab 5 Exemplaren 4,50 Euro,
ab 10 Exemplaren 4 Euro.

Bezug:
Institut SÜDWIND, Lindenstraße 58-60,
53721 Siegburg

*Irene Knoke,
Mitglied des Lenkungskreises*

Der Global Marshall Plan

Auf dem Weg zu einer ökosozialen Marktwirtschaft

Um die weltweiten Herausforderungen der nächsten zwei Generationen in Bezug auf Umwelt, Armut und Verteilungsfragen zu bewältigen, müssen alle am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Geschehen beteiligten Kräfte von der Notwendigkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit überzeugt werden.

Dies ist die eindeutige Position der Initiatoren der Global Marshall Plan Initiative um den Ulmer Prof. Dr. Dr. F.J. Radermacher (www.initiative-weltfrieden.org).

Der Schlüssel zur Überwindung der weltweiten Armut, sind Co-Finanzierungsmaßnahmen der reichen Länder zugunsten der armen unter geeigneten Ordnungsbedingungen (www.globalmarshallplan.org).

Die Alternativen der neoliberalen freien Marktwirtschaft oder einer Ökodiktatur führen absehbar zu Terror, Krieg und Unfreiheit aller Menschen.

Mich überzeugen die Beispiele der Vergangenheit, wie die Initiative der USA nach dem 2. Weltkrieg

oder die Erweiterung der EU. Sie machen Mut, einen solchen Weg weltweit einzuschlagen. Mich beeindruckt die Liste der unterstützenden Organisationen wie z. B. der Club of Rome, der Club of Budapest, der Umweltdachverband Österreich, die Evangelische Akademie Tutzing, ATTAC, die Wirtschaftsjuvenoren Deutschland, der Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenhandel, VENRO u.a.

Skeptisch bin ich in Bezug auf die Einhaltung des „Fahrplans“ und die Realisierung der Gegenfinanzierung. Dass Kompromisse in Bezug auf die gesteckten Ziele nötig sind, ist für mich einleuchtend.

Ich würde eine Fördermitgliedschaft von „Entwicklung braucht Entschuldung“ sehr begrüßen.

Rückmeldungen zum oben Geschriebenen schicken Sie gerne an:

*Walter Freitag, Ökum. Arbeitskreis
Entwicklungspolitik / erlassjahr.de
(Kath.Bildungswerk.GP@gmx.de).*

Neuerscheinung:

Ende der Schulden oder Schulden ohne Ende?

Eine Analyse der Entschuldungs-initiative HIPC am Beispiel Bolivien

Studie im Auftrag der Bistümer
Hildesheim und Trier, November 2004,
94 DIN A 4-Seiten, 7 Euro zzgl. Porto

Auf dem G 7-Gipfel in Köln 1999 wurde beschlossen, die hoch verschuldeten, ärmsten Länder der Erde nachhaltig und tragfähig zu entschulden. Bolivien erhielt daraufhin 2001 als eines der ersten dieser Länder einen Teil-Schuldenerlass nach der erweiterten HIPC-Initiative. Doch heute – fünf Jahre nach Köln - ist der Stand der Auslandsverschuldung höher als vor dem Erlass. Die bolivianische Regierung sah sich gezwungen, neue Kredite aufzunehmen, um den völligen Zusammenbruch des Staatshaushaltes zu verhindern.

Wie konnte es dazu kommen? Wie tragfähig und nachhaltig ist der Schuldenerlass nach der erweiterten HIPC - Initiative? Wie partizipativ ging die Entwicklung der Armutsbekämpfungs-Strategie in Bolivien wirklich von statten? Und wie tauglich ist das PRSP als entwicklungspolitisches Instrument zur Armutsbekämpfung und Geberkoordination?

Die Studie versucht, die Gründe für das Scheitern der HIPC-Initiative in Bolivien in den Blick zu nehmen. Dabei erhellen die drei bolivianischen und zwei in Bolivien lebenden europäischen Autoren das Verschuldungsthema innerhalb eines breiteren historischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmens. So wird bei der Frage nach den Ursachen für die derzeitige Finanzkrise der Blick auch auf die von Strukturanpassungsmaßnahmen geprägte Politik der vergangenen Regierungen gelenkt. Der Prozess der Erarbeitung des PRSP wird unter einem doppelten Fokus betrachtet. Einerseits wird nach der Funktion der bolivianischen Zivilgesellschaft dabei gefragt; andererseits wird die Rolle der Internationalen Kooperation bei der Entstehung der bolivianischen Armutsbekämpfungsstrategie kritisch beleuchtet. Dem Tragfähigkeitskonzept der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds werden alternative Konzepte zur Ermittlung der Schuldenfähigkeit gegenüber gestellt. Schließlich wird untersucht, wie die Gelder aus dem Schuldenerlass bisher von den Kommunen verwendet worden sind. ■

Dietmar Müßig



Inhalt:

- Juan Carlos Núñez: Gesellschaft und Staat nach 20 Jahren Demokratie
- Carlos Villegas Quiroga: Am Ende des Entwicklungsmodells steht die Haushaltskrise
- Irene Tokarski: Das PRSP als Instrument der Armutsbekämpfung
- Alfred Gugler: Ist die Auslandsschuld Boliviens nach HIPC tragfähig?
- Ekatherine Murillo Palenque: Die Verwendung der Mittel aus

Zu beziehen bei:

Diözesanstelle Weltkirche

Domhof 18 – 21
31134 Hildesheim
Tel: 05121-307-230
e-mail: bolivien@bistum-hildesheim.de

oder

Diözesanstelle Weltkirche

Postfach 1340
54203 Trier
Tel: 0651-7105-398
e-mail: weltkirche@bgv-trier.de

Filmtipp „Blinder Passagier“

Dauer: 90 Min. / Auszuleihen bei: EZEF Evangelisches Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, info @ ezef.de

Der erste Schauplatz: ein kleines Dorf in Uzbekistan am Rande des versandeten Aralsees. Ein alter Mann werkelt an seinem Fischerboot. Obwohl er mitsamt seinem Boot buchstäblich auf dem Trockenen sitzt, hält er daran fest, dass die Wasser des Sees zurückkommen werden und damit auch die Fische. Sie sind seine Lebensgrundlage wie die der Menschen in der Region.

Ganz anders die Einstellung seines Sohnes Urazbaj, dem Direktor einer ehemaligen Fischfabrik. Er findet es absurd, seinem Beruf nachzugehen, weil die einzigen Fische, die es noch gibt, in einer kleinen Wanne neben seinem Büro stehen.

Er sieht keine Zukunft für ein weiteres Leben im Dorf und will weg.

An der Wand in seinem Büro hängt das Foto mit lachenden Menschen aus einer Zeitschrift: New York. Dort will er hin.

Man sieht ihn noch in einen klapprigen Bus in der nahe gelegenen Kleinstadt einsteigen.

Der zweite Schauplatz: Rotterdam. Urazbaj kommt im Laderaum eines Frachters an. Allerdings eben nicht in New York sondern im kalten, regnerischen Rotterdam.

Niemand versteht seine Sprache, es bleiben nur Gesten zur Verständigung.

Die Ehefrau eines Seemanns nimmt ihn schließlich mit zu sich nach Hause. Er lebt auf ihrem Balkon, zieht aber dann doch allmählich zu ihr in die Wohnung, in ihr Leben. Er schlüpft in die

Rolle eines Familienvaters und wird auch vom siebenjährigen Sohn, Maarten, akzeptiert.

Das kleine Glück hält bis der Ehemann zu eifersüchtig wird und Urazbaj bei der Ausländerbehörde anzeigt. Er wird sofort ausgewiesen und zurückgefliegen.

In seinem Dorf freuen sich alle über die Rückkehr. Der Alltag geht weiter wie vorher. Urazbaj träumt ab und zu von Katharina und Maarten, findet sich aber mit der Situation ab. Einmal telefoniert er mit beiden und erklärt Maarten, dass das Wasser noch nicht wieder zurück gekommen ist.

Nachsichtiger geworden repariert Urazbaj dem Vater das alte Fischerboot und dabei geschieht das völlig Unerwartete: das Wasser kommt zurück, der Pegel um das Boot herum steigt, bis das Boot sogar schwimmt.

Und wie kommt es dazu? Eine ebenso schöne wie wundersame Erklärung: Maarten hat in Rotterdam den Wasserhahn im Badezimmer für eine halbe Stunde aufgedreht, damit sein Freund Urazbaj das lebensnotwendige Wasser zurück bekommt...

In Hannover haben wir den Film in einer Kooperationsveranstaltung zwischen Evangelischer Kirche und dem Kommunalen Kino gezeigt. Im Anschluss hatten wir eine muntere Diskussion über die wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe weltweiter Migration, in deren Verlauf die Verbindung vom Leben auf der Süd- und Nordhalbkugel deutlich wurde. U.a. hat die Baumwoll-

produktion in Kazachstan und Uzbekistan mit einer Bewässerung im ganz großen Stil dazu beigetragen, den Aralsee über Jahre austrocknen zu lassen. Baumwolle, aus der im Zuge der globalen Textilproduktion auch die Jeans und T-Shirts bei uns gefertigt sind. Über globale Produktionsstrukturen und individuelle Konsumgewohnheiten verstrickt zu sein in das Problem weltweit ungerechter Verteilung von lebensnotwendigen Gütern, war ein Ergebnis der Veranstaltung und auch die damit einhergehende Armut und Verelendung verändern zu wollen.

Beherrscht zur Tat schreiten, in der Überzeugung, dass dies wirklich hilft, wie es im Film der kleine Maarten getan hat, geht in der Komplexität der Verhältnisse natürlich nicht. Aber etwas von der kindlichen Naivität zu behalten, was z.B. das beherzte Zupacken im Hinblick auf große Projekte angeht, ist sicherlich auch für alle Aktivisten in der entwicklungspolitischen Szene gut ...

*Dr. Cornelia Johnsdorf
Mitglied des Lenkungskreises*

Personalien: UNO lässt sich von Jürgen Kaiser beraten

Manchmal gibt es überraschende Anfragen – ehrenvoll für die einen, ein Problem schaffend für die anderen. So ging es dem Lenkungskreis kurz vor Weihnachten, als unser politischer Koordinator Jürgen Kaiser anrief und mitteilte, dass ihn die UNO gern für ein gutes halbes Jahr als Berater „ausleihen“ wolle. Nach längeren Diskussionen und einem ernsthaften Abwägen beschloss der Lenkungskreis, der Bitte von Jürgen Kaiser um Beurlaubung nachzukommen: Von Anfang Februar bis Ende September wird Jürgen Kaiser daher auf Anfrage der Entwicklungsorganisation UNDP der Vereinten Nationen das Projekt „Millennium Development Goals und Schuldenerleichterung in HIPC und SILIC-Ländern“ leiten. Für diese Zeit wird er bei erlassjahr.de beurlaubt.

Einerseits freuen wir uns, dass die UNO auf die hohe fachliche Reputation des Bündnisses „Entwicklung braucht Entschuldung – erlassjahr.de“ und seinem Mitarbeiter Jürgen Kaiser zurückgreift, um die Lösung des Schuldenproblems der Länder des Südens weiter voranzutreiben. Andererseits müssen wir diese Zeit nun gut überbrücken – was uns sicherlich auch gut gelingen wird: Zum einen ist das Büro weiterhin gut besetzt mit unserer Geschäftsführerin Susanne Luithlen, die in dieser Zeit durch Uta Borries halbtags bei Sekretariatsaufgaben unterstützt wird. Zum anderen wird Jonas Bunte aus Bayreuth vom 1. April bis Ende September Jürgen Kaisers Aufgaben vertretungsweise wahrnehmen. Viele im Bündnis kennen Jonas Bunte bereits, weil er an der MTV teilgenommen hat. Jonas Bunte studiert derzeit

„Philosophy and Economics“ an der Universität Bayreuth und beschäftigt sich seit einigen Jahren mit der Verschuldungsproblematik der Länder des Südens. In Bayreuth gehört er zu den Gründern und Organisatoren von WiSoTren (Wirtschaftliche und Soziale Tragfähigkeit von Entwicklungsländern). Jonas Bunte wird sein Studium für ein halbes Jahr unterbrechen, um es dann ab Herbst in Bayreuth abzuschließen.

Der Lenkungskreis ist davon überzeugt, dass es uns so gelingen wird, die Zeit von Jürgen Kaisers Beurlaubung ohne Schaden für das Bündnis gut zu überbrücken.

*Dr. Matthias Woivode
Mitglied des Lenkungskreises*

Bestellung an:

Empfänger

Name

Straße

PLZ. / Stadt

Bestellung von:

Die mit * gekennzeichneten Artikel sind nicht kostenpflichtig. Wir freuen uns aber, wenn Sie sie dennoch bezahlen.

Faltblätter und verschiedene Materialien		
neu	0,05 Euro*	Entwicklung braucht Entschuldung Der neue Selbstdarstellungs-Flyer des Bündnisses.
	–	Aktionsflyer „Setzen Sie sich ein mit Ihrem Namen!“
	0,05 Euro*	Faltblatt zu Illegitimen Schulden: „Wer soll das bezahlen?“ Kurze Einführung ins Thema, Stand der Diskussion und Kriterien.
	0,05 Euro*	Faltblatt: „Schulden sind kein Schicksal“ Zusammenfassung der wichtigsten Argumente der Broschüre.
	16,- Euro 14,- ab 10	CD: „Streich die Schulden!“ International bekannte Künstler wie Cesária Evora, Chico César und Lokua Kanza singen und spielen neue Lieder für den Schuldenerlass. 1 Euro pro CD kommt dem Bündnis erlassjahr.de zu Gute.
	0,05 Euro*	„Häufig erhobene Einwände gegen ein Internationales Insolvenzverfahren“
	1,- Euro*	Zeitschrift: Entschuldungs-Kurier Der Entschuldungs-Kurier liefert Hintergründe, Trends und aktuelle Informationen (2 x Jahr). 16 Seiten
	0,50 Euro.	Logobögen: 3 Spalten mit je 7 Aufklebern mit dem erlassjahr.de-Logo
	2,- Euro 1,50 Euro ab 10	erlassjahr.de-Schal: Die regenbogenfarbenen, angenehm zu tragenden und fair gehandelten Schals sind wieder zu beziehen!
	0,20 Euro*	Plakat: Schulden sind kein Schicksal (London '53) DIN A2
	0,20 Euro*	Erlassjahr- Plakat: „Highlights“ der letzten Jahre. Dieses Plakat ist in DIN A 3 und DIN A 2 vorhanden.
	5,- Euro	Ausstellung: Plakatausstellung zur Kampagne Erlaßjahr 2000 16 Plakate zu Ursachen und Auswirkungen der Schuldenkrise
	1,- Euro	T-Shirts: Shirts aus ungebleichter Baumwolle mit farbigem Erlassjahr 2000 – Logo, unbedingt die gewünschte Größe angeben: M, L oder XL.

Videos

neu

neu

7,50 Euro	„Schulden im Sinne der Anklage“ (englisch) "Debt according to law" 16 Min., Spielszenen und Erklärteile über Zusammenhänge und Geschichte der Verschuldung. Geeignet für Veranstaltungen. Autor: Thomas Pfaff, Dez. 2001
7,50 Euro	Schulden im Sinne der Anklage“ (spanisch) "Condenado à deuda perpetua" 13 Minuten. Zeichentrick, 1998. Eine anschauliche Einführung in die Ursachen und Folgen der Verschuldungskrise. Eignet sich für den Themeneinstieg in Schulunterricht und Bildungsarbeit.
7,50 Euro	„Schulden im Sinne der Anklage“ 16 Min., Spielszenen und Erklärteile über Zusammenhänge und Geschichte der Verschuldung. Geeignet für Veranstaltungen. Autor: Thomas Pfaff, Dez. 2001
7,50 Euro	„Verschuldung - Eine Ansichtssache“ 13 Minuten. Zeichentrick, 1998. Eine anschauliche Einführung in die Ursachen und Folgen der Verschuldungskrise. Eignet sich für den Themeneinstieg in Schulunterricht und Bildungsarbeit

Studien, Broschüren, Reports

4,50 Euro 3,50 Euro ab 10	Handbuch: „Illegitime Schulden“. 63 Seiten, DIN A 4 ähnlich, November 2003, Hrsg.: erlassjahr.de, INKOTA, Philippinenbüro. Was Sie schon immer über Illegitime Schulden wissen wollten, aber bisher nicht nachschlagen konnten.
2,50 Euro 2,- Euro ab 10	Handbuch: „Entschuldung fair ändern“. 56 Seiten, DIN A 4, Januar 2003, Hrsg.: erlassjahr.de. Einführung ins Schuldentema und Lösungsansätze.
7,- Euro 6,50 Euro ab 10	„Schuldenreport 2004“. Die Entwicklungsblockade Finanzmärkte und Verschuldung. 88 Seiten, Hrsg.: WEED, Juli 2004
6,- Euro	„Das Kartell der Gläubiger aufbrechen. Faire und transparente Schiedsverfahren. Neue Wege zur Lösung von Schuldenkrisen.“ Thomas Fritz u. Philipp Hersel, 2002, 72 Seiten, DIN A 4, Hg.: BLUE 21, Bischöfliches Hilfswerk Misereor
2,50 Euro 2,00 Euro ab 10	„Zum 50. Jahrestag des Londoner Schuldenabkommens. Schulden sind kein Schicksal“; Jürgen Kaiser; 22 Seiten, Nov. 2002. Vergleich zwischen der Entschuldung Deutschlands 1953 und der Situation der heutigen Schuldnerländer des Südens.
4,- Euro	Studie: „Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 - Lehren für eine Neuordnung der Handelsströme zwischen Nord und Süd.“ Philipp Hersel. 43 Seiten, 1999, eine pdf-Version dazu in Englisch und Spanisch unter www.erlassjahr.de
6,- Euro 4,- Euro ab 10	„Schuldenkrise in Argentinien – Wer zahlt die Zeche?“ 68 Seiten, Mai 2002. Die SÜDWIND-Broschüre dokumentiert die Beiträge eines Fachgesprächs vom 20.2.2002 in Berlin zur derzeitigen Situation in Argentinien, ergänzt durch Hintergrundinformationen zur aktuellen Lage.
5,- Euro 4,- Euro ab 10	„Armutsbekämpfung durch die Gläubiger? Erfahrungsberichte aus 11 Ländern.“ 116 Seiten, März 2001. Die SÜDWIND-Broschüre fasst den Stand der Umsetzung der Programme zur Armutsbekämpfung in 11 Beispielländern zusammen.
0,50 Euro*	„Schuldenmanagement à la Louis XVI – Ein kurzer Gang durch Programm und Praxis des Pariser Clubs.“ Jürgen Kaiser, Januar 2000, 10 Seiten
2,- Euro	Entwicklung auf Kredit. 25 Jahre Verschuldung und die Folgen am Beispiel Perus. 28 Seiten, Dezember 2001, Hrsg.: Informationsstelle Peru
7,- Euro	Ende der Schulden oder Schulden ohne Ende? Eine Analyse der Entschuldungsinitiative HIPC am Beispiel Bolivien Studie im Auftrag der Diözesen Hildesheim und Trier; La Paz, November 2004, 94 Seiten
0,50 Euro*	Eine Idee wird auf den Weg gebracht. 28 Seiten, 1997, eine Dokumentation der Wuppertaler Auftakttagung von Erlassjahr 2000
2,- Euro Schutzgebühr	Studie (engl.) Odious Debts - Odious Creditors? International Claims on Iraq. Jürgen Kaiser/Antje Queck. 28 Seiten, 2004. Dialogue on Globalization No. 12- Reihe der Friedrich-Ebert-Stiftung.pdf-Version unter www.erlassjahr.de
6,- Euro Schutzgebühr	Entschuldung für die Armen? Fünf Jahre nach Köln – eine Bilanz der HIPC-Initiative INKOTA Texte 2 128 Seiten, 2004, Eine Bilanz der AutorInnen aus zivilgesellschaftlicher Sicht über die Erfolge und Fehlschläge bei der Entschuldung und Armutsbekämpfung.

neu

Nelson Mandela vor'm Brandeburger Tor

Stellen Sie sich's vor: Nelson Mandela kommt nach Berlin. Er spricht auf dem Pariser Platz zu einer großen Menge von Eine-Welt-AktivistInnen und redet über die zu erwartenden Entschuldungs-Beschlüsse beim G7-Gipfel in Schottland. Er ermahnt die Erlassjahr-Aktiven, um der Menschen in Afrika willen nicht nachzulassen. Er ermutigt und drängt auf seine charismatische Art. Danach geht er die Wilhelmstrasse runter ins Finanzministerium.

Dort trifft er sich mit den G7-Finanzministern und sagt ihnen das gleiche. Sein Gastgeber nutzt die Gegenwart des prominenten Gastes, den übrigen Ministern eine glaubwürdige Verpflichtung auf eine Reform der Entschuldungsverfahren im Sinne eines Internationalen Insolvenzverfahrens abzurufen - so wie es der rot-grüne Koalitionsvertrag vorsieht.

Eingeladen hat den prominenten Gast nämlich Hans Eichel. Dem Finanzminister reicht es jetzt mit der blöden HIPC-I-II-Topping-Up-Leier. Er will, dass rechtsstaatliche Verhältnisse ins internationale Schuldenmanagement einkehren, und Entschuldungen, wenn sie denn stattfinden müssen, die betroffenen Länder tatsächlich wieder handlungsfähig machen. Und er hätte keinen Besseren finden können, um seinen Kollegen endlich eine verbindliche Zusage dafür abzurufen.

Eine verwegene Utopie? Ja und nein! Mandela hat am 5. Februar 2005 zu den Ministern gesprochen und zu einer öffentlichen Versammlung. Die fand allerdings nicht vor dem Brandenburger Tor statt, sondern auf dem Trafalgar Square. Und eingeladen hatte ihn auch nicht unser Finanzminister, sondern sein britischer Amtskollege Gordon Brown.

Nun gibt es über Browns Vorstellungen hinsichtlich eines weitergehenden Schuldenerlasses allerlei Kritisches zu sagen, und erlassjahr.de hat das ausführlich getan (vgl. die Presseerklärungen auf der Homepage von erlassjahr.de). Auch hat Brown's starker Auftritt eine Menge mit innerparteilichen Machtkämpfen zwischen ihm und Premier Tony Blair zu tun.

Na und? Mit wie viel Energie und Phantasie treibt die britische Regierung internationale Initiativen voran, die ihr aus ehrenwerten und manchmal auch weniger ehrenwerten Motiven am Herzen liegen! Wie eindrucksvoll die Gemeinschaftsinitiative des französischen Präsidenten mit Lula, Zapatero und Kirchner für neue internationale Finanzinstrumente, um die Millenniums-Entwicklungsziele endlich zu finanzieren! Und welche piefige Veranstaltung ist dagegen die rot-grüne Bundesregierung! Ein Finanzminister, dessen Weitblick sich im Ausgleich seines Haushaltes erschöpft, eine Entwicklungshilfeministerin, die alle möglichen Initiativen à la Brown oder Chirac prima findet, ohne dass sich am Kabinetttisch jemand dafür interessiert. Und ein Bundeskanzler, der, wie nach dem Tsunami, auf tollpatschige Weise versucht, Entschuldung für seine außenpolitische Agenda zu nutzen. ■

Jürgen Kaiser, derzeit UNDP

Impressum

Der Schulden-Kurier dient der Kommunikation unter den Trägern und Interessenten des Bündnisses „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung“. Alle Institutionen können Mitträger des Bündnisses werden und erhalten den Kampagnen-Kurier kostenlos und automatisch. Einzelpersonen können das Bündnis unterstützen und den Kampagnen-Kurier ebenfalls kostenlos beziehen.

Wir freuen uns über Förder-Abos, dazu bitte einmal jährlich 25 Euro mit Verwendungszweck „Förder-Abo“ überweisen.

Bankverbindung:

erlassjahr.de e.V.
Bank für Sozialwirtschaft in Köln
Bankleitzahl: 370 205 00
Kontonummer: 8 24 77 00

Bezugsadresse:

erlassjahr.de
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel. (02 11) 46 93 - 1 96
Fax (02 11) 46 93 - 1 97
E-Mail: buero@erlassjahr.de
Homepage: www.erlassjahr.de

Redaktion dieser Ausgabe:

Dr. Cornelia Johnsdorf

Wir freuen uns über Rückmeldungen, Kritik, Veranstaltungshinweise etc.